

In der Krise Steuern senken – wie klug ist das?

Kantonsfinanzen Trotz roter Zahlen plant der Kanton Bern eine Steuersenkung. Die Wirkung ist umstritten. Eine lineare Senkung sei «das falsche Instrument», sagt ein Experte.



Die Swisscom gehört zu den besten Steuerzahlern im Kanton Bern. Foto: Franziska Rothenbühler

Simon Wälti

Der Kanton Bern fährt nächstes Jahr voraussichtlich ein Defizit von mehr als einer halben Milliarde Franken ein. Die bürgerliche Mehrheit will gleichzeitig die Steuern senken. SP und Grüne halten es für falsch, dass der Staat in der Krise auf einen Teil seiner Einnahmen verzichtet. In der am Montag beginnenden Session entscheidet der Grosse Rat über diese Fragen.

Es gebe keine empirisch genügend gesicherten Resultate, wie sich eine Steuersenkung in einer Krise längerfristig auf den Staatshaushalt auswirke, sagt Bernhard Schwaller, Wirtschaftsprofessor an der Hochschule Luzern. «Ich denke, die immaterielle Wirkung ist grösser als die materielle Wirkung. Es handelt sich auch um ein Zeichen, dass der Staat die Menschen in der Krise entlasten will.»

Die Senkungen, die sowohl den Firmen wie auch den Privatpersonen zugutekommen, ma-

chen total 86 Millionen Franken jährlich aus. Streicht oder verschiebt man die Senkungen, reduziert sich das Defizit um diesen Betrag.

Nur tiefe Treffsicherheit

Wenn die Menschen weniger an den Fiskus abliefern müssen, haben sie mehr Geld zur Verfügung, mit dem sie die Wirtschaft ankurbeln können. Firmen wiederum bleiben liquid, können den Konkurs vermeiden und die Löhne weiter zahlen. Das ist die Theorie, doch sie kollidiert mit der Realität, wie Beat Hintermann, Professor für öffentliche Finanzen an der Universität Basel, erklärt: «Eine lineare Steuersenkung ist das falsche Instrument, um die Wirtschaft zu stützen.»

Die Treffsicherheit sei sehr tief, in vielen Fällen würden die Falschen entlastet. Das heisst, Personen mit hohem und gesichertem Einkommen, die unbeschadet durch die Krise kommen. Oder Firmen, die es nicht nötig haben. «Grossfirmen, die Ge-

winn machen, muss man jetzt nicht staatlich unterstützen», sagt der Wirtschaftswissenschaftler.

Mögliche Alternativen

Andere Kantone, etwa Basel-Landschaft, versuchen, KMU direkt mit Krediten zu helfen. Im Kanton Basel-Stadt wiederum wird die für 2021 geplante Steuersenkung für die Einwohner abgesagt. Das Gesetz sieht vor, darauf zu verzichten, falls das Bruttoinlandsprodukt in zwei aufeinanderfolgenden Quartalen abnimmt. Der Stadtkanton hat aber 2019 und 2020 Steuern gesenkt.

Die USA haben in der Corona-Krise allen Haushalten ungeachtet von Einkommen und Vermögen einen Check über 1200 Dollar geschickt – auch das ist ein sehr ungenaues Mittel. Wie könnte die Zielgenauigkeit erhöht werden? «Man könnte nur denen Geld geben, die 2020 ein tieferes Einkommen aufweisen als 2019», sagt Hintermann. Die

Steuerbehörden verfügten über die dafür nötigen Daten.

Wie wirken sich die Pläne im Einzelnen aus? Die Entlastung liegt leicht über einem Prozent, in Franken geht es für die meisten um geringe Beträge. Wer im Jahr 5000 Franken Steuern an den Kanton zahlt, spart 57 Franken, bei 10'000 Franken Kantonssteuern sind es 114,5 Franken, und bei 20'000 Franken verdoppelt sich die Ersparnis erneut auf 229 Franken. Es sei anzunehmen, dass diese Personen das gesparte Geld vermutlich ausgaben, sagt Schwaller. Bei einem Grossverdiener, der vielleicht einige Tausend Franken mehr zur Verfügung hat, könnte es sich genau umgekehrt verhalten. «Er hat ja schon genügend Geld für seinen Lebensstil zur Verfügung und wird dadurch wohl nicht mehr konsumieren», sagt der Ökonom. Wahrscheinlicher sei, dass das Geld einfach auf dem Konto liegen bleibe.

Stärker ins Gewicht fällt die geplante Steuererleichterung bei ertragsstarken Firmen. Wer heute an den Kanton eine Million Franken abliefern muss, muss neu noch rund 922'000 Franken berappen. Auch wenn viele Firmen in der Krise vielleicht kaum einen Gewinn erzielen, sieht Schwaller trotzdem einen positiven Effekt, etwa bei der Liquidität.

Den Umfang der Steuersenkungen von 86 Millionen Franken vergleicht Schwaller mit dem Staatshaushalt von über 10 Milliarden Franken. «Das erscheint durchaus tragbar und ist nicht matchentscheidend.» Durch einen Verzicht auf die Steuersenkung lasse sich das Problem des Defizits nicht beheben.

Die Schulden steigen

Der Grosse Rat hat bereits signalisiert, dass er bereit ist, eine Neuverschuldung in Kauf zu nehmen. Allerdings ist dazu eine Lockerung oder Flexibilisierung der Schuldenbremse nötig. Da dafür eine Verfassungsänderung mit Volksabstimmung erforderlich ist, kann dies nur mittelfristig geschehen.

Für den Staat führen mehr Schulden nicht zu akuten Problemen. «Da die Zinsen tief sind, ist die Abwärts Spirale gelindert», erklärt Schwaller. Eine Verschuldung führe für den Staat unter diesen Rahmenbedingungen nur in einem kleinen Umfang zu höheren Zinszahlungen und damit zu zusätzlichen Ausgaben.

Grundsätzlich sei es sinnvoll, Verlierer einer Krise und Unternehmen, die in normalen Zeiten erfolgreich wirtschaften könnten, zu unterstützen, sagt auch Hintermann. Um diese Ziele zu erreichen, sei es auch richtig, die Ausgaben zu erhöhen und Schulden zu machen. Dank der tiefen Zinsen ist die Belastung für den Staat gering. «Längerfristig entsteht aber Druck, den Haushalt auszugleichen.» Durch das Wachstum der Wirtschaft werde der Schuldenberg aber im Verhältnis kleiner. «Der Staat wächst aus den Schulden heraus», beschreibt Hintermann das Phänomen.

ANZEIGE



SP und Grüne kündigen Angriff auf Schnegg an

Regierungsrat Mithilfe des Jura-Sitzes will die Linke die Regierungsmehrheit erobern.

SP und Grüne wollen bei den Wahlen 2022 den Sitz des Berner Juras im Regierungsrat angreifen. Mit Hervé Gullotti (SP) und Moussia von Wattenwyl (Grüne) haben am Mittwoch zwei Grossratsmitglieder ihre Bereitschaft zur Kandidatur bekanntgegeben.

Die Grünen machten in ihrem Communiqué deutlich, dass sie sich mit der SP auf ein gemeinsames Vorgehen verständigen wollen. Ziel sei es, dank dem garantierten Sitz des Berner Juras die Mehrheit in der Berner Kantonsregierung zurückzuerobert. Eine Nomination soll im Frühling 2021 erfolgen. Die bernische SP machte zum weiteren Vorgehen keine näheren Angaben.

Für sie in den Ring steigen will der 48-jährige Hervé Gullotti, der Stadtschreiber von Tramelan. Seit November 2017 gehört der Historiker dem Berner Kantonsparlament an und ist zurzeit dessen Vizepräsident. Im kommenden Juni dürfte er turnusgemäss zum Grossratspräsidenten aufsteigen.

Zentral für Mehrheit

Die 49-jährige von Wattenwyl lebt in Tramelan. Auch sie gehört seit 2017 dem Kantonsparlament an. Nach Angaben ihrer Partei arbeitet die ausgebildete Sekundarlehrerin als Trockenmauerin und als Koordinatorin für die Förderung der Energie- und Tourismusregion Berner Jura.

Der Kantonalvorstand der Grünen freue sich über von Wattenwyls Bereitschaft zur Kandidatur, heisst es in einem Communiqué. Die Partei wolle bei



Hervé Gullotti (SP) und Moussia von Wattenwyl (Grüne). Foto: zvg

den Wahlen vom 27. März 2022 den Sitz ihrer Bildungsdirektorin Christine Häslar verteidigen und suche nun das Gespräch mit der Bündnispartnerin SP, damit ein möglichst starkes gemeinsames Regierungsratssticket zustande komme.

Der feste Sitz des Berner Juras in der Kantonsregierung ist für die Machtverhältnisse im Kanton Bern zentral. Bis 2016 war der Sitz in SP-Händen, womit Rot-Grün über vier der sieben Regierungssitze verfügte. 2016 trat Philippe Perrenoud (SP) vorzeitig ab, die Ersatzwahl gewann Pierre Alain Schnegg (SVP). Seither ist der Regierungsrat bürgerlich dominiert.

Eine Besonderheit im Berner Jura ist, dass es dort bern-treue und separatistische Sozialdemokraten gibt. Alt Regierungsrat Philippe Perrenoud gehört wie Gullotti zum bern-treuen SP-Regionalverband, dem Parti socialiste du Jura bernois (PSJB).

Die Wahl schaffte Perrenoud jeweils mit Hilfe der linken Separatisten vom Parti Socialiste Autonome du Jura-Sud (PSA). Dieser gehört nicht der bernischen SP, dafür aber direkt der SP Schweiz an. (sda)

Nachrichten

Pflegepersonal will bei Massnahmen mitreden

Corona Das Pflegepersonal will mitreden, wenn der Kanton Bern coronabedingte Massnahmen in den Alters- und Pflegeheimen trifft. Das fordert die Sektion Bern des Berufsverbandes SBK in einem offenen Brief an den Regierungsrat. Die Pflegenden leisteten den Grossteil bei der Betreuung von Corona-Patienten und beim Schutz der gefährdeten Personen. Dennoch seien sie in den obersten Entscheidungsgremien des Kantons nicht vertreten. (sda)

Stadt Bern will vielfältiges Zentrum

Ausserholligen Im kantonalen Entwicklungsschwerpunkt soll ein vielfältiges Zentrum entstehen. Dieses Ziel verfolgt der Gemeinderat mit dem revidierten Richtplan, den er heute in die Vernehm-

lassung schickt. Der Plan stammt aus dem Jahr 1994. Seither wurden der Europaplatz, das Haus der Religionen und das Bildungszentrum Pflege umgesetzt. (sda)

Grüne übernimmt Direktion für Hochbau

Muri Der Gemeinderat hat die Ressorts für 2021 bis 2024 verteilt. Thomas Hanke (FDP) hält die Direktion Präsidiales, Finanzen, Planung und Region. Markus Bärtschi (SVP) bleibt Direktor für Sicherheit, Verkehr und Tiefbau und Martin Häusermann (forum) Chef der Direktion für Gesundheit und Soziales. Die neu gewählte Grüne, Carole Klopfenstein, hat die Direktion Hochbau. Für Bildung zuständig sein wird Stephan Lack (FDP). Gabriele Siegenthaler Muinde (forum) übernimmt die Direktion Umweltschutz und Energie, Beat Wegmüller (SP) die Direktion Kultur und Sport. (pd)

Kräfte messen im Parlament

Kommt nach der Steuersenkung ein hartes Sparprogramm?

Linke und Grüne wollen die Steuersenkungen im Grossen Rat nächste Woche zu Fall bringen. Sie wollen auch verhindern, dass die geplante Lohnerhöhung beim Staatspersonal reduziert wird. Eine Reduktion hätte Auswirkungen auf die Angestellten im Heim- und Spitex-Bereich. Die bürgerlichen Parteien akzeptieren die Neuverschuldung und wollen am Voranschlag keine grossen Änderungen anbringen. «Sonst laufen wir Gefahr, überhaupt kein Budget zu haben, das gibt nur Verlierer», sagt FDP-Fraktionschef Carlos Reinhard. Die Steuersenkungen entgegen den Plänen zu kippen, sei «nicht glaubwürdig».

Für ein Defizit braucht es im Grossen Rat eine Mehrheit von drei Fünfteln der 160 Mitglieder. Kommt die Mehrheit von 96 Parlamentariern nicht zustande, würde der Kanton das neue Jahr ohne gültiges Budget beginnen. Es käme zu einem staatlichen Shutdown, erlaubt wären noch unaufschiebbare Ausgaben. Im März müsste der Regierungsrat ein neues Budget vorlegen.

SP und Grüne haben damit gedroht, das Budget abzulehnen. Sie haben aber zusammen nicht genügend Stimmen und brauchen die Unterstützung anderer Parteien. «Uns geht es um die Solidarität», sagt SP-Co-Präsident Ueli

Egger. «Wem es gut geht, der soll nicht entlastet werden, sondern helfen, die Auswirkungen der Krise zu tragen.»

Die Grünen befürchten, dass auf den Kanton im nächsten Jahr ein Sparpaket grossen Ausmasses zukommen wird, wie Präsidentin Natalie Imboden sagt. «Dafür muss man keine Hellscherin sein. Um ein Defizit in Höhe von einer halben Milliarde auszugleichen, wäre ein extremes Sparpaket notwendig.» Davon wären in erster Linie Gesundheit, Soziales und Bildung betroffen, sagt Imboden. Das gelte es unbedingt zu verhindern. (wal)